

**Anzeigenpreise:**  
 Die achtspaltige Zeile 40 S.  
 Inserate für auswärts . 50 S.  
 Arbeitsmarkt und  
 Wohnungsanzeigen . 20 S.  
 Die 3-spalt. Reklameweile 150 S.  
 Bei Wiederholungen Rabatt.  
 Inserate müssen zwei Tage vor  
 Erscheinen der Zeitung in unsere  
 Hände sein.

# Volkswacht

Die Volkswacht erscheint täglich  
 mit Ausn. d. Sonn- u. Feiertage.  
**Bezugspreise:**  
 In Danzig durch unsere  
 Zweigstellen monatlich 2,00 M.  
 vierteljährlich 6,00 M.  
 Durch d. Post bez. außerd.  
 Zustellgebühr . monatl. 30 S.  
 Einzelnummern . 15 S.  
 Postfachkonto Danzig 2945.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Redaktion: Spennhaus 6 :: Telephon 720

Publikations-Organ der Freien Gewerkschaften

Expedition: Spennhaus 6 :: Paradiesg. 32 :: Teleph. 3290

Nr. 277

Freitag, den 28. November 1919

10. Jahrgang

## Das Einigungsprogramm.

### Programm der Sozialistischen Partei der Freien Stadt Danzig.

Das bei den Einigungsverhandlungen angenommene Programm hat folgenden Wortlaut:

Die ökonomische Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft führt mit Naturnotwendigkeit zum Untergang des Kleinbetriebes, dessen Grundlage das Privateigentum des Arbeiters an seinen Produktionsmitteln bildet. Sie trennt den Arbeiter von seinen Produktionsmitteln und verwandelt ihn in einen befristeten Proletarier, indes die Produktionsmittel das Monopol einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Kapitalisten und Großgrundbesitzern werden.

Hand in Hand mit dieser Monopolisierung der Produktionsmittel geht die Verdrängung der zerplitterten Kleinbetriebe durch kolossale Großbetriebe, geht die Entwicklung des Werkzeugens zur Maschine, geht ein riesenhaftes Wachstum der Produktivität der menschlichen Arbeit. Aber alle Vorteile dieser Umwandlung werden von den Kapitalisten und Großgrundbesitzern monopolisiert. Für das Proletariat und die versinkenden Mittelschichten — Kleinbürger, Bauern — bedeutet sie wachsende Zunahme der Unsicherheit ihrer Existenz, des Elends, des Drucks, der Knechtung, der Erniedrigung, der Ausbeutung.

Immer größer wird die Zahl der Proletarier, immer massenhafter die Armee der überschüssigen Arbeiter, immer schroffer der Gegensatz zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, immer erbitterter der Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat, der die moderne Gesellschaft in zwei feindliche Heerlager trennt und das gemeinsame Merkmal aller Industrieländer ist.

Der Abgrund zwischen Besitzenden und Besitzlosen wird noch erweitert durch die im Wesen der kapitalistischen Produktionsweise begründeten Krisen, die immer umfangreicher und verheerender werden, die allgemeine Unsicherheit zum Normalzustand der Gesellschaft erheben und den Beweis liefern, daß die Produktivkräfte der heutigen Gesellschaft über den Kopf gewachsen sind, daß das Privateigentum an Produktionsmitteln unvereinbar geworden ist mit deren zweckentsprechender Anwendung und voller Entwicklung.

Das Privateigentum an Produktionsmitteln, welches ehemals das Mittel war, dem Produzenten das Eigentum an seinem Produkt zu sichern, ist heute zum Mittel geworden, Bauern, Handwerker und Kleinhandlärer zu enteignen und die Nichtarbeiter — Kapitalisten, Großgrundbesitzer — in den Besitz des Produkts der Arbeiter zu setzen. Nur die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln — Grund und Boden, Gruben und Bergwerke, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel — in gesellschaftliches Eigentum, und die Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion kann es bewirken, daß der Großbetrieb und die stets wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit für die bisher ausgebeuteten Klassen aus einer Quelle des Elends und der Unterdrückung zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger harmonischer Vervollkommnung werde.

Diese gesellschaftliche Umwandlung bedeutet die Befreiung nicht bloß des Proletariats, sondern des gesamten Menschengeschlechts, das unter den heutigen Zuständen leidet. Aber sie kann nur das Werk der Arbeiterklasse sein, weil alle anderen Klassen, trotz der Interessentretigkeiten unter sich, auf dem Boden des Privateigentums an Produktionsmitteln stehen und die Erhaltung der Grundlagen der heutigen Gesellschaft zum gemeinsamen Ziel haben.

Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung ist notwendigerweise ein politischer Kampf. Die Arbeiterklasse kann ihre ökonomischen Kämpfe nicht führen und ihre ökonomische Organisation nicht entwickeln, ohne politische Rechte. Sie kann den Übergang der Produktionsmittel in den Besitz der Gesamtheit nicht bewirken, ohne in Besitz der politischen Macht gekommen zu sein.

Diesen Kampf der Arbeiterklasse zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten und ihm sein naturnotwendiges Ziel zu weisen — das ist die Aufgabe der Sozialistischen Partei für die Freie Stadt Danzig.

Die Interessen der Arbeiterklasse sind in allen Ländern mit kapitalistischer Produktionsweise die gleichen. Mit der Ausdehnung des Weltverkehrs und der Produktion für den Weltmarkt wird die Lage der Arbeiter in jedem Lande immer abhängiger von der Lage der Arbeiter in den anderen Ländern. Die Befreiung der Arbeiterklasse ist also ein Werk, an dem die Arbeiter aller Länder gleichmäßig beteiligt

sind. In dieser Erkenntnis fühlt und erklärt die Sozialistische Partei für die Freie Stadt Danzig sich eins mit den klassenbewußten Arbeitern aller übrigen Länder.

Die Sozialistische Partei für die Freie Stadt Danzig kämpft also nicht für neue Klassen-Vorrechte, sondern für die Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst und für gleiche Rechte und gleiche Pflichten aller ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung. Von diesen Anschauungen ausgehend, bekämpft sie in der heutigen Gesellschaft nicht bloß die Ausbeutung und Unterdrückung der Lohnarbeiter, sondern jede Art der Ausbeutung und Unterdrückung, richtet sie sich gegen eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht oder eine Rasse.

Um dieses Ziel zu erreichen, bedient sich die Sozialistische Partei der Freien Stadt Danzig aller politischen und wirtschaftlichen Kampfmittel, gegebenenfalls muß die Diktatur des Proletariats durch politische Arbeiterräte ausgeübt werden. Zur Sicherung dieser Diktatur ist die Errichtung einer Volkswehr aus den Reihen des klassenbewußten Proletariats erforderlich. Erst der Sozialismus bringt die Befreiung jeder Klassenherrschaft, jeder Diktatur.

Ausgehend von diesen Grundfäden fordert die Sozialistische Partei der Freien Stadt Danzig zunächst:

1. Allgemeines gleiches Wahl- und Stimmrecht mit geheimer Stimmabgabe, aller über 20 Jahre alten Staatsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts für alle Wahlen und Abstimmungen. Verhältniswahlsystem. Zweijährige Gesetzgebungsperioden. Vornahme der Wahlen und Abstimmungen an einem gesetzlichen Ruhetage. Entschädigung für die gewählten Vertreter. Aufhebung jeder Beschränkung politischer Rechte.
2. Direkte Gesetzgebung durch das Volk vermittelt des Vorschlags- und Referendumsrechtes. Selbstbestimmung und Selbstverwaltung des Volkes in Staat und Gemeinde.
3. Bildung einer Volkswehr auf demokratischer Grundlage. Wahl der Führer durch die Truppe.
4. Vereins-, Versammlungs- und Pressefreiheit.
5. Trennung von Kirche und Staat. Trennung von Kirche und Schule, öffentliche Einheitschule mit weltlichem Charakter.
6. Unantastbarkeit des Rechtsbestandes. Verurteilung in Strafjustiz. Abschaffung der Todesstrafe.
7. Unantastbarkeit der ärztlichen Hilfeleistung, einschl. der Geburtshilfe und der Heilmittel. Unantastbarkeit der Totenbestattung.
8. Streikrechte freiwirtschaftlicher, Einkommen- und Erbschaftsteuer. Abschaffung aller indirekten Steuern und Zölle.
9. Sofortige Finanzreform der Volkswirtschaft der kapitalistischen Unternehmungen, insbesondere der Energieerzeugung, des Verkehrswezens, des Großgrundbesitzes, der Banken und der hochentwickeltesten Industrien.
10. Ueberführung von Grund und Boden in Gemeineigentum. Kommunalisierung des Wohnungsbaues.
11. Weitgehender Ausbau der Sozialgesetzgebung. Festsetzung eines höchstens acht Stunden betragenden Normalarbeitstages. Erwerbslosen-Versicherung.
12. Gesellschaftliche Anerkennung der Fernorganisationen. Errichtung von Betriebsräten mit entscheidender Mitwirkung bei allen Verwaltungs- und Produktionsvorgängen des Betriebes.
13. Aufrichtigkeit in der inneren und äußeren Politik. Verdrängung der nationalen Gegensätze. Herstellung freundschaftlicher Beziehungen zu allen Staaten und Nationen. Pflege der Beziehung zum internationalen klassenbewußten Proletariat.

### Das Echo der Einigung.

Es ist verständlich, daß die Einigung in Danzig in ganz Deutschland Aufsehen erregt hat. Von mehreren Seiten sind uns aus dem Reich Zustimmungserklärungen zugegangen. Auch die sozialistische Presse beschäftigt sich eingehend mit der Frage. Die Meinungen gehen darüber weit auseinander. Wir geben folgende Pressestimmen wieder:

Die „Königsberger Volkszeitung“ glaubt, daß die Sozialdemokratische Partei den Boden der Demokratie verlassen habe. Sie schreibt:

Wir hätten als nicht zuletzt am Schicksal Danzigs interessierte ostdeutsche Sozialdemokraten gewünscht, daß die Danziger Partei eine bessere Hüterin der Demokratie gewesen wäre. So ungefähr begann der Weg in München, der zur Räte-diktatur mit ihren Geißelmorden u. s. w. führte. In dieser Sitzung war doch auch das Selbstbestimmungsrecht der Sozialdemokratie völlig ausgeschaltet. Es war in un-

terer Partei bisher aber nicht üblich, sich ihre Taktik von einer gegnerischen Gruppe aufzwingen zu lassen. Von einer Einigung kann unter solchen Umständen in keinem Sinne gesprochen werden.“

Demgegenüber meint die unabhängige „Ebingger Volksstimme“, daß sich die Danziger Unabhängigen „ins Garn der Rechtssozialisten“ begeben hätten. „Niemand ist ein größerer Bod geschossen worden, als der dieser „Einigung“. Ueberall sind die Mehrheitssozialisten in rapidem Abstieg begriffen. Zu Zehntausenden laufen ihnen ihre Wähler fort. Auch die Danziger Rechtssozialisten waren am Ende. Das bemies ihr vor einigen Wochen abgehaltener Parteitag. Da kamen sie mit der „Einigung“. Ich möchte ausdrücklich betonen, daß in dem vom Reiche abgerissenen Danziger Gebiet die Einigung noch notwendiger ist, als in Deutschland. Aber unbedingt nötig war es, erst die Wahlen vorzunehmen und an deren Resultat die Bedingungslosigkeit des „Mehrheitssozialismus“ zu zeigen. Erst mußte in dieser Hinsicht reiner Tisch geschaffen werden, dann konnten sich die Danziger Genossen mit der Einigung beschäftigen.“

Unsere Genossen in der Provinz seien dringend vor den rechtssozialistischen Rattenjängermelodien gewarnt. Genossen, seid auf der Hut! Die Einigung wird kommen. Aber sie kommt nicht, indem wir uns mit den Arbeiterverrättern an einen Tisch setzen und zu Kompromissen anfangen. Die Entwicklung der künftigen Verhältnisse Danzigs wird lehren, daß die Danziger Arbeiter übel beraten waren, als sie sich in dieser Weise einfeilen ließen.“

Die „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung“ schreibt: „Hoffen wir, daß die Einigung bis in alle Einzelheiten perfekt wird. So eigenartig es auch erscheint, daß unsere Vertrauensleute im gegebenen Falle die Diktatur als proletarisches Kampfmittel anerkennen, so wenig Bedeutung hat das für die Praxis. Danzig wird derart unter dem Druck eines rückständigen Unternehmens und des Ententekapitalismus stehen, daß eine geschlossene aufstrebende Sozialdemokratie unter Ausbückung aller Kräfte kaum in der Lage sein wird, die notwendigsten Lebensinteressen der Arbeiterklasse zu wahren. Da wird nicht einmal Zeit zur Diskussion über die Frage Diktatur oder Demokratie, geschweige denn Gelegenheit sein, eine Diktatur des Proletariats auszuüben.“

### Regierungskrise wegen des Betriebsrätegesetzes.

Zum Betriebsrätegesetz haben die Sozialdemokraten beschlossen, in der heutigen Sitzung des Ausschusses eine klare Stellungnahme des Zentrums zu verlangen, das bisher erklärt hat, die Verantwortung ohne Mitverantwortung der Demokraten nicht tragen zu können. Der dritte Punkt über die Aufsichtsräte wurde entsprechend den Forderungen der Sozialdemokraten erledigt. Es handelt sich nunmehr um die Bilanzsicht. Sollte es heute zu keiner Beschlußfassung oder zu einer Ablehnung der sozialdemokratischen Forderung in diesem Punkt kommen, so erwachsen daraus, wie der „Vorwärts“ sagt, möglicherweise die größten Konsequenzen.

### Krieg und Frieden.

Helsingfors, 27. Nov. (W. B.) Die Nordwestarmee und die russische Nordwestregierung werden aufgelöst. Die Bolschewiki konzentrieren an der Nordwestfront vorzügliche Truppen, so daß die Stellung der Esten außerordentlich schwer ist. Ueber die Friedensaktion teilte ein amerikanischer Offizier mit, daß die Friedensverhandlungen bereits während des Aufenthalts Litwinoff in Dorpat begonnen sollten. Die Engländer verhindern das, da sie zuerst selber mit Litwinoff verhandeln wollen. Die Verhandlungen sind worden nach der Rückkehr Litwinoff im Dezember aufgenommen werden.

### Neue Lehrergehälter in Berlin.

Die Berliner Schuldeputation hat beschlossen, die Gehälter der Lehrer in die Klasse II b mit einem Anfangsgehalt von 7000 Mark zu versetzen und die Oberlehrer in die Klasse I a mit einem Anfangsgehalt von 10 000 Mark, steigend bis zu einem Höchstgehalt von 13 900 Mark ohne die Steuerzulagen.

Deutsche Spar-Prämienanleihe ihr Besitz erleichtert Deine Steuern! 1919



# Der agrarische Vorstoß.

Der Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft hat an den Reichswirtschaftsausschuß eine Kundgebung gerichtet, die die Stellung der landwirtschaftlichen Interessenverbände und der Landwirtschaftskammern zur Zwangswirtschaft zusammenfassend darstellt. Es ist man das zum großen Teil recht überflüssige Drum und Dran, die Drohung mit dem Zusammenbruch, die üblichen agitatorischen Redensarten und die Flaumacherlei außer Betracht, so bleiben eine Reihe von Forderungen übrig, die eine ernsthafte Erwiderung verdienen.

Die Landwirtschaft fordert an Stelle der heutigen Zwangswirtschaft die Pflanzpflicht auf Grund der tatsächlichen Leistungsfähigkeit, und zwar in der Weise, daß nur noch Brotgetreide und allenfalls Milch und Kollereierzeugnisse der öffentlichen Bewirtschaftung unterliegen sollen. Diese ist für Fleisch sofort aufzuheben; die Aufhebung der Zuderbewirtschaftung ist von der Regierung für das nächste Erntejahr zu garantieren. Brotgetreide soll durch erhöhte Zugeständnisse an den Eigenbedarf der Landwirte und ihre Arbeitskräfte in der Bewirtschaftung freier gestaltet, eine möglichst hohe Ablieferung durch steigende Pflanzungsprämien für erhöhte Bestellungen erzielt werden. Die Beschlagnahme der Gerste ist auf das unbedingt Nötige zu beschränken. Die Kartoffelbewirtschaftung ist ebenfalls bis zum nächsten Erntejahr abzubauen.

Bei Erfüllung ihrer Forderungen versprechen die Landwirte ihrerseits, die Regierung zu unterstützen, im Falle der Ablehnung verzichten sie auf jede Verantwortung für das Scheitern unterer Volksernährung und auf jede Mitwirkung bei der Durchführung der jetzigen Maßnahmen. Das ist eine offene Kampfanfrage, die nicht nur deshalb belustigend wirkt, weil sie seit drei Jahren zum Repertoire jedes agrarischen Parteiführers gehört und deshalb nur die ganze Frage ins Vordere zieht, sondern auch deshalb, weil von einer Verantwortung die Rede ist, von der das Volk wenig gespürt hat. Jedes Pfund Fleisch, das im Schleichhandel erachtet, jede Kartoffel, die ohne Marke erhältlich ist, ist nur ein Beweis dafür, daß es den Landwirten bis heute an dem Gefühl der Verantwortung gegenüber dem Volksganzen gefehlt hat, und daß jede ihrer Versprechungen nicht einen Witterung wert ist, solange ein paar Silberlinge oder Papierlappen das christliche Gewissen eines Landwirtes umhüllen können!

Von der Regierung ist die Zwangswirtschaft immer nur als das notwendige Uebel angesehen worden. Solange Mangelwirtschaft besteht, kann für die Folge eine Freigabe der Lebensmittelbewirtschaftung nur auf Kosten derjenigen Verbraucher erfolgen, die nicht das Glück haben, selbst Landwirtschaft zu betreiben. Die Preise müssen ins Ungemeine steigen (siehe Eier, Hühner, Hülsenfrüchte), die Löhne in gleicher Weise erhöht werden. Das ist der letzte Grund der Regierungsmassnahmen. Eine Ergänzung der heimischen Lebensmittelvorräte durch die Einfuhr ist zu einer Zeit, wo die Welt im Zustand nur 10 Pfg. wert ist, nur in beschränktem Umfang möglich. Wie aber soll dem Schieber nun entgegengetreten werden, wenn der Staat jede Kontrolle aus der Hand gibt?

Es befremdet immer wieder, daß die Landwirtschaft mit ihren Forderungen immer dann aufkauft, wenn politisch etwas los ist. Wir verstehen wohl, daß es ihr in der Zwangswirtschaft nicht recht behagt. Erst dann aber wird man positiv den Widerständen entgegenwirken können, wenn man sieht, daß sie in Erkenntnis der Notlage des ganzen Volkes und seiner Wirtschaft alles tut, um schon jetzt gegen Schleichhandel und Korruption anzukämpfen. Darauf warten wir, wann dessen erwidern eine Kampfanfrage. Einer Regierung, die auch nur das Geringste auf sich hält, bleibt keine Wahl im Verstand. Sie muß jedes Unterbilden ablehnen. Ob wir aber damit in der Arbeit für das Volksganze vorwärts kommen, ist eine Frage, die sich die Landwirte selbst stellen sollten.

## Deutsche Nationalversammlung.

Berlin, 27. November.

Der Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft hat an den Reichswirtschaftsausschuß eine Kundgebung gerichtet, die die Stellung der landwirtschaftlichen Interessenverbände und der Landwirtschaftskammern zur Zwangswirtschaft zusammenfassend darstellt.

Es ist man das zum großen Teil recht überflüssige Drum und Dran, die Drohung mit dem Zusammenbruch, die üblichen agitatorischen Redensarten und die Flaumacherlei außer Betracht, so bleiben eine Reihe von Forderungen übrig, die eine ernsthafte Erwiderung verdienen.

Die Landwirtschaft fordert an Stelle der heutigen Zwangswirtschaft die Pflanzpflicht auf Grund der tatsächlichen Leistungsfähigkeit, und zwar in der Weise, daß nur noch Brotgetreide und allenfalls Milch und Kollereierzeugnisse der öffentlichen Bewirtschaftung unterliegen sollen.

Diese ist für Fleisch sofort aufzuheben; die Aufhebung der Zuderbewirtschaftung ist von der Regierung für das nächste Erntejahr zu garantieren. Brotgetreide soll durch erhöhte Zugeständnisse an den Eigenbedarf der Landwirte und ihre Arbeitskräfte in der Bewirtschaftung freier gestaltet, eine möglichst hohe Ablieferung durch steigende Pflanzungsprämien für erhöhte Bestellungen erzielt werden.

Die Beschlagnahme der Gerste ist auf das unbedingt Nötige zu beschränken. Die Kartoffelbewirtschaftung ist ebenfalls bis zum nächsten Erntejahr abzubauen. Bei Erfüllung ihrer Forderungen versprechen die Landwirte ihrerseits, die Regierung zu unterstützen, im Falle der Ablehnung verzichten sie auf jede Verantwortung für das Scheitern unterer Volksernährung und auf jede Mitwirkung bei der Durchführung der jetzigen Maßnahmen.

Das ist eine offene Kampfanfrage, die nicht nur deshalb belustigend wirkt, weil sie seit drei Jahren zum Repertoire jedes agrarischen Parteiführers gehört und deshalb nur die ganze Frage ins Vordere zieht, sondern auch deshalb, weil von einer Verantwortung die Rede ist, von der das Volk wenig gespürt hat. Jedes Pfund Fleisch, das im Schleichhandel erachtet, jede Kartoffel, die ohne Marke erhältlich ist, ist nur ein Beweis dafür, daß es den Landwirten bis heute an dem Gefühl der Verantwortung gegenüber dem Volksganzen gefehlt hat, und daß jede ihrer Versprechungen nicht einen Witterung wert ist, solange ein paar Silberlinge oder Papierlappen das christliche Gewissen eines Landwirtes umhüllen können!

Denken der Bundesversammlung sind, wenn nur einem Herrn dienen: dem deutschen Volke.

Abg. Kumples (Dt. Pa.): Die außerordentliche Reichsversammlung, die das Gesetz über den Reichsausschuß und jedem späteren Reichsausschuß einräumt, ist daher beschleunigt, weil das außerordentlich große Heer von Beamten, das angefordert wird und das ungeheure Spiel erfordert, während die Erträge der Steuer noch gar nicht feststehen.

Abg. Kumples (Soz.): Die Verantwortung für die Ablehnung des Entwurfs müssen die Herren der Rechten allein tragen.

Abg. Dr. Dehrke (Dtnat.): Auf Bedenken aufmerksam zu machen, ist unser gutes Recht. Den Kommunen werden die Mittel entzogen, für Kulturzwecke Aufwendungen zu machen, dadurch leidet auch das Reich.

Minister Erberger: Ich will mich mit den Herren der Dtnat. Partei nicht über Geschmack und gute Erziehung auseinandersetzen. (Gelächter rechts.) Im alten preussischen Staat hat Gewalt und Brutalität regiert, ich erinnere nur an das Enteignungsgesetz, an den Kulturkampf, der im Rheinland hart empfunden wurde. (Lärm rechts, Zustimmung bei den Mehrheitsparteien.) Von einer Beschränkung der Einnahmen der Kommunen steht kein Wort in der Abgabenordnung.

Abg. Schulz-Bromberg (Dt. nat.): Wie kam ein Württemberger den Kampf für das Deutschtum gegen die Polen-Gewaltspolitik nehmen? (Stürmischer Beifall rechts, Lärm links.) Sie (nach links) mögen Preußen beleidigen und beschimpfen hergehen, Sie werden niemals das Maß der Verachtung erreichen, das wir für Sie empfinden. (Beifall rechts.)

Präsident Fehrenbach fragt das Haus, ob es Vertagung oder Weiterverhandlung wünsche; die große Mehrheit des Hauses ist für das letztere. Die einzelnen §§ des Gesetzesentwurfes werden im allgemeinen nach den Beschlüssen der 2. Lesung mit einigen kleinen Abänderungen angenommen. Der Antrag Schulz-Bromberg: über das Gesetz nach Weggabe einer Verfassungsänderung abzustimmen, wird abgelehnt. Das Gesetz wird in der Gesamtabstimmung gegen die Stimmen der Dt. Nat. angenommen. Es folgt die Beratung des Antrags Löbe: angeht die Hungersnot in Deutsch-Oesterreich eine Hilfsaktion ins Werk zu setzen.

Präsident Fehrenbach: Der Antrag ist von allen Fraktionen außer den U. S. unterzeichnet. Es sollte von jeder Partei ein Redner zu Worte kommen, im Verlaufe der Sitzung ist man übereingekommen, dem Präsidenten allein den Antrag vorzulegen zu lassen. In Oesterreich stehen viele Frauen und Kinder vor dem Hungertod. Wenn die Menschlichkeit noch einen Wert hätte in der Welt, müßten die Sieger sich erbarmen und aus ihren reichen Beständen Oesterreich helfen, aber die Humanität und die christliche Barmherzigkeit scheinen keinen Platz mehr bei jenen zu haben. Wir dürfen selbst vielleicht haben wir aber auch einige Brosamen, um die ärgste Not zu lindern. Wir wissen, daß es für viele ein schweres Opfer bedeutet, aber wir wollen es in aller Brudertreue bringen und darüber hinaus wenden wir uns an die Öffentlichkeit, um sie zu weiteren Opfern aufzufordern. Dies möge genügen für einen Antrag, der eigentlich keiner Begründung bedarf.

Abg. Geiger (U. S.): Meine Fraktion ist mit der Hilfsaktion einverstanden, kann aber einer Vertagung der Protraktion nicht zustimmen.

Minister Schmidt: Wir haben manche Bedenken gegen den Antrag gehabt, stellen sie aber zurück.

Präsident Fehrenbach: Der Abg. Geiger hat auf die Selbstverleugung verwiesen; ich hoffe, daß gerade die Bauern in der Privataktion reichlich geben werden.

Abg. Schiele (Dt. Nat.): Auch wir fordern, daß die Selbstverleugung hinter den Versorgungsberechtigten nicht zurückstehe.

Der Antrag wird einstimmig angenommen, nur gegen den Antrag betr. Vertagung der Protraktion stimmen die Unabhängigen. Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr.

## Spieler und Schieber überall.

In Berlin wurde vor einigen Tagen von Polizeimannschaften auf einer nächtlichen Streife in der Tiergartenstraße eine Spielhöhle in der Villa des Prinzen Wied ausgedöhnt, wobei man über hundert Damen und Herren zum Bundesstaatsbeamten brachte. Darauf berichtet das „Berliner Tageblatt“:

„In den Räumen im Obergeschoß fanden die Beamten in vier mit schweren Teppichen belegten Vorkammern, deren Wände Seidenstoffe und reiche Bilder schmückten, eine elegant gekleidete Gesellschaft von Herren und Damen nicht bedingt an kleinen Tischen durchweg beim Sekt und ausserordentlich freien. Die Herren trugen Frack oder Smoking, die Damen Ball- oder Cherekleider. Die Herren hatten 3 Mark Eintrittsgeld bezahlt. Der Sekt kostete 75 Mark die Flasche. Die reichhaltige Speisekarte verzeichnete entsprechend hohe Preise.“

Eine ähnliche Erkennungstatte fand sich in der Falmenstraße. Ein Herr Schreiber und ein G. Gontward mieteten die vom Eigentümer für 12000 Mark jährlich. Sie haben sie an einen Spielklub weiter, der sich Klub zum Scherz des „Berliner Tageblatt“ nannte. Nach Schließung des Spielklubs durch die Polizeimannschaft richtete ein Herr Schreiber mit einem Herrn Koberger zusammen in der Villa einen Saal, der „Arm Schieber“ ein und zahlte 1000 Mk. Eintrittsgeld auf das Jahr durchgerechnet nicht weniger als 360000 Mk. Der „Schieber“ wurde von der Bundespolizei vor einigen Tagen zur Strafe gebracht. Die dortige Gesellschaft in der Villa Nr. 17 nicht bis auf den Namen hin „einzigartig“ war, mußten zu ihrem Leidwesen wieder einige Redner stellen, die um die Rechte kamen, aber auch ein Geld leih, dem der Beiz im Werte von 300000 Mark gestohlen wurde.“

Der Herr „K. Fr. Decker“ überließ Subwage Hirschfeld die Wiener Schiebergeschäfte in den Hotel-...

„Es werden im Geschäft nur außerhalb eines Bureaus, nur von Personal und Kellnern und obwohl sie durch ihre Schiebergeschäfte haben, so dennoch eine Hauptkategorie mit Ballenstein genannt. Sie geben ununterbrochen Scherzstücke aus der Hand. Als möglichen Schaden und Klagen hören man hier, am häufigsten gegen die „Schieber“ Stellen, auch Franzosen, ob sie so hoch Deutsch oder mit ein wenig Französisch, in dieser Hinsicht zu sehen: Sebastianus Krugmeister, Schieber und Schieber, aber mit wappenselber. Der Herr „K. Fr. Decker“ überließ Subwage Hirschfeld die Wiener Schiebergeschäfte in den Hotel-...

Den anderen Dingen beträchtliche Kurschwankungen. Hier werden fortwährend teure Zigaretten gerächt, echter Kaffee getrunken, wird telegraphiert, telephoniert, mit Trinkgeldern herumgeworfen. Geld spielt hier keine Rolle, es sind ja nur Kronen. Und man kann von Glück sagen, wenn man dieses Saluto-Hotel verläßt, ohne daß man sich irgend etwas hat zu schulden kommen lassen.“

Die Wiener „Arbeiterzeitung“ schreibt zu dieser Schilderung: „Begriffe man auch jeder ehrliche Bürger, weshalb die Arbeiter von den Schiebern aller Konfessionen und Nationalitäten und deren Presse gehäßt und verleumdet werden? Hier gibt es Lebensmittel — aber nur waggomweise... Geld spielt hier keine Rolle: Es sind ja nur Kronen... und hunderte Zimmer werden von diesem Gesindel, das uns zugrunde richtet, befehlt gehalten — während das Volk von Wien hungert und friert und obdachlose Heimkehrer die Nächte im Polizeiarrest und in Viehmagazons verbringen!“

## Die Sorgen des Kaisers Karl.

Neun Millionen Kronen beim Umsturz. — Bedeutende Schulden. — Großer Schmutz aus der Schatzkammer.

Im „Neuen Wiener Journal“ finden wir folgende Mitteilungen:

„Das Gesamtprivatvermögen des Kaisers Karl betrug zur Zeit des Umsturzes 9 Millionen Kronen. Dabei ist aber der bei weitem höhere Millionenwert des privaten kaiserlichen Juwelenschatzes, der in der Schatzkammer aufbewahrt wurde und den der Kaiser bei seiner Abreise in die Schweiz mitnahm, nicht mit eingerechnet. Ins Privatvermögen des Kaisers gehören die Schlösser Wartholz bei Reichenau, Brandeis an der Elbe und Feistritz in Steiermark. Das Vermögen ist aber stark belastet durch Schulden auf den Kaufschilling der Schlösser Wartholz und Brandeis, Pensionsverpflichtungen, Studienkostenbeiträge, fixe Unterstützungen, sowie durch hohe Auslagen für die Gebäudeerhaltung. Der Ertrag des Vermögens des Kaisers beträgt rund 600 000 Kronen jährlich, dagegen sind die Lasten auf 550 000 Kronen gestiegen, so daß also bloß ein Reinertrag von 50 000 Kronen jährlich verbleibt. Als Kaiser Karl im März mit seiner Familie in die Schweiz reiste, nahm er außer seinem großen Brillantschmuck aus der Schatzkammer, der bekanntlich aus einer Reihe von Kolliers, Diademen und anderen Schmuckstücken bestand, 3 Millionen in barem Gelde mit. Die Miete des Schlosses Brangins am Genfer See kostet allein jährlich 50 000 Franken. Für den Haushalt kommen außer dem Kaiserpaar und sechs Kindern zwei Damen und zwei Herren der Suite, sowie die Dienerschaft in Betracht. Es kann daher angenommen werden, daß die 3 Millionen Kronen, wenn auch der Kronenkurs damals noch höher war, jetzt bereits verbraucht sind. Von Oesterreich können dem Kaiser keine weiteren Beträge nachgeschickt werden. Dagegen erinnert man sich, daß jüngst die Nachricht auftauchte, daß einzelne Stücke aus dem kaiserlichen Brillantschmuck in der Schweiz zum Kaufe angeboten worden seien. Es wird daher in Wien als sehr wahrscheinlich bezeichnet, daß der Kaiser jetzt von dem Ertragnis lebt, das ihm die Verpfändung oder der Verkauf eines Teiles seines Schmuckes, der allerdings einen ungeheuren Wert besitzt, brachte.“

Kaiser Karl ist ein ehrsüchtiger schweizerischer Wüstgänger wie Wilhelm der Letzte und alle jene Faulenzer, die auf Hürstenthronen saßen und nichts gelernt hatten als — regieren.“ Ein Vermögen von 3 Millionen ist für ihn eine Kleinigkeit, das er in einem Jahre durchbringt. Er hat sich daher mit Bettelbriefen an die Emigration gewandt, damit diese ihm Alimente zahle. Denn arbeiten scheint ihm ebenso unmöglich, wie die Entbehrung ausschweifender Genüsse.

## Das Friedmannsche Tuberkulose-Heilmittel.

Preussische Landesversammlung.

Berlin, 27. November.

Auf der Tagesordnung steht die förmliche Anfrage des Abgeordneten Dr. Braemann (Zir.) betr. das Friedmannsche Tuberkulose-Heilmittel. Der Abgeordnete begründet die Anfrage und fragt, was die Regierung für die möglichst allgemeine Anwendung des Mittels zu tun gedenkt.

Ministerialdirektor Dr. Gottstein: Ein endgültiges Urteil über den Wert des Mittels läßt sich noch nicht abgeben. Es müssen noch weitere Gutachten von Autoritäten abgewartet werden. Abwegig wäre es, von dem Mittel die Ausrottung der Tuberkulose zu erhoffen.

Abg. Graf (Soz.): Ich habe schon eine ganze Anzahl Urteile von Autoritäten gesammelt, die ganz glänzende Erfolge feststellen. Im Krankenhaus zu Frankfurt haben sich in 600 Fällen geradezu verblüffende Erfolge ergeben. Daß Prof. Friedmann das Mittel nicht allgemein den Ärzten freigeibt, ist erklärlich. Der Minister für Kunst und Wissenschaften sollte sich nicht einmischen, denn die Universitäten folgen seinem Rufe nicht ohne weiteres, aber an das Volk selbst und an die Ärzte müsse man sich wenden, damit die erforderliche Ausnützung des Mittels erfolge, um die Tuberkulose zu bekämpfen. Die marktschreierische Art, mit der Friedmann in Amerika auftritt, hat leider der deutschen Wissenschaft sehr geschadet. Die Angaben über die großen Heilerfolge muß man mit Vorsicht aufnehmen. Herr Dr. Friedmann ist ein sehr tüchtiger Geschäftsmann; selbst von Rassenmitgliedern läßt er sich für eine einzige Einspritzung bis zu 600 Mark bezahlen. (Hört, hört!) Wir werden das Mittel vorurteilslos prüfen; ist was wahres an den ihm nachgerühmten Tugenden, dann muß es der Allgemeinheit zugute kommen.

Minister Hanisch: Ich fürme den letzten Worten rückhaltlos zu, einem sachmännischen Urteil muß ich mich als Laie enthalten. Herr Friedmann erklärte mir nämlich, daß die gegen ihn erhobenen Vorwürfe nicht zutreffen, daß die Durchschnittskosten für eine Konfektion sich höchstens auf 5 Mark belaufen und daß er den größten Teil des Vermögens für das Mittel geopfert habe. Er ist auch jederzeit bereit, sich einem Ausschuss von Ärzten zur Verfügung zu stellen.

Die Besprechung wird abgebrochen. Die Anordnungen über die Verwaltung des durch den Friedensvertrag zerstörten Reiches Marienburg wird angenommen. Eine Reihe von Büchereien, zu denen keine Wortmeldungen vorliegen, wird erledigt. Ein Gesuch des Magistrats Berlin um Uebertragung der Sittenpolizei auf die städtische Verwaltung wird zur Berücksichtigung überwiesen.

Freitag keine Anträge, Fortsetzung der Besprechung des Tuberkuloseheilmittels.



## Die sozialistische Einigung in Deutschland.

Ueber die Einigungsmöglichkeiten schreibt der unabhängige Sozialist Restripte:

Das Einigungsprogramm, wie es die Zentralfstelle vorschlägt, lehnt nicht grundsätzlich jedes Zusammenwirken mit bürgerlichen Parteien ab. Es sagt vielmehr nur:

Koalitionen mit den bürgerlichen Parteien, die einen Verzicht auf die restlose Vertretung anerkannter sozialistischer Grundsätze bedeuten, sind zu verwerfen. Wo ein solcher Verzicht Voraussetzung für eine Beteiligung an der Regierung ist, wird die Partei des Proletariats sie daher ablehnen und sich auf eine scharfe Opposition, verbunden mit Agitation und Organisation der Massen, zu beschränken haben.

Die bisherigen Erfahrungen drängen nun wohl den Schluß auf, daß bei einem Zusammengehen mit Demokraten und Zentrum an den entscheidenden Fortsetzungen des Erfurter Programms als Richtlinien der Politik nicht möglich ist. Aber in Anbetracht des Umstandes, daß ein Ausscheiden der Sozialdemokraten aus der Regierung allerdings zunächst in mancher Hinsicht unliebsame Folgen zeitigen würde, mag es angebracht erscheinen, noch einen letzten Versuch zu wagen. Vielleicht ließe sich darüber mit den Unabhängigen eine Verständigung herbeiführen. Es müßte ein bestimmtes Minimalprogramm fixiert werden, dessen Erfüllung einigermaßen nachholen würde, was bisher auf dem Gebiete sozialistischer Politik bei der Mitarbeit in der Regierung versäumt wurde. Von der Möglichkeit, für dieses Minimalprogramm die Anerkennung und Mitwirkung der bürgerlichen Regierungsglieder zu erhalten, müßte ein weiteres Verbleiben abhängig gemacht werden.

Leichten Herzens würden es ja auch zum mindesten gewisse Teile des Zentrums und der Demokraten auf einen Bruch mit der Sozialdemokratie nicht ankommen lassen. Ihre Situation würde bei einem Zwang, mit den Deutschnationalen zusammenzugehen und so etwas wie eine Regierung zu bilden, wahrhaftig nicht beneidenswert sein. Angesichts solcher Folgen eines Bruchs würde sich in diesen Parteien vielleicht am Ende doch noch eine Mehrheit finden, die ein Sich-Bewachen unter die Bedingungen der Sozialdemokratie als das kleinere Übel vorziehen würde.

Sollte der Versuch scheitern, so wäre allerdinges der Verzicht der Sozialdemokratie auf die jetzige Koalition mit den bürgerlichen Parteien die notwendige Konsequenz.

Ihm brauchte nicht der Ruf zu folgen: Auf die Barricaden! Sollte die „reimbürgerliche“ Regierung ihre Stellung dadurch zu sichern suchen, daß sie der oppositionellen Sozialdemokratie die Möglichkeit einer „friedlichen“ Agitation und Opposition unter Verletzung der Prinzipien der Demokratie unterbindet, so hätte sie es sich selbst zuzuschreiben, wenn das Proletariat unter Umständen zu anderen als diesen Mitteln griffe. Ließe man aber der Opposition die Freiheit rücksichtsloser Kritik und auflärender Werbearbeit, so bestände kein Anlaß, irrend eine Barricadenparade auszugeben.

Mag dann zunächst — um mit Kuttner zu reden — „die tatsächliche Macht aus den Händen gegeben“ worden sein — gewiß nicht auf lange! Die in ihrer Opposition gegen das bürokratische Regiment geeinte, für ihre alten Ideale kämpfende, mit ihren besten Kräften nicht mehr in Regierungs- und Verwaltungsämtern festzulegende Sozialdemokratie würde sehr bald die Macht wieder in die Hände bekommen, indem sie eine Mehrheit der Bevölkerung für sich gewinnt. Die Revolution war doch in jedem Falle eine gewalttätige Aufreißung der Geister! Wenn sie bisher den sozialistischen Parteien noch keine Mehrheit brachte, so

nur deshalb, weil diese die Situation nicht zu nutzen verstanden. Das Kompromißeln mit den bürgerlichen Parteien, der Verzicht auf eine grundsätzliche sozialistisch-demokratische Politik waren ebensowenig geeignet, verbündet zu wirken, wie die Putschtaktik der Extremen Links und die allzu nachsichtige Haltung des Restes von Unabhängigen und Kommunisten. Die Art und Weise, wie die sozialistischen Parteien sich untereinander bekämpften, war vollends dazu angetan, alle noch Schwankenden und Zaudernden vom Sozialismus abzustoßen.

Zwei Möglichkeiten wären bei einem Ausscheiden der Sozialdemokraten aus der Regierung gegeben. Entweder die bürgerliche Regierung würde in kluger Wertung der Verhältnisse an dem, was allenfalls als „Errungenschaften der Revolution“ ausgeführt werden kann, nur wenig rütteln. Dann würde die Preisgabe der „tatsächlichen Macht“ zum mindesten keine allzu empfindlichen Verluste bedeuten. Oder man würde rücksichtslos auch das Letzte von dem beseitigen, was die Revolution an Verbesserungen gegenüber den früheren Zuständen brachte, — um so rascher würde aber dann auch die bürgerliche Herrlichkeit wieder ihr Ende finden; denn um so wirkungsvoller würde die sozialistische Aufklärungsarbeit gefördert werden.

Man male also die Folgen eines Ausscheidens aus der Regierung nicht allzu schwarz. Findet sich eine Möglichkeit, ohne Rücktritt aus der Regierung sozialistische Politik zu treiben — gut. Aber die sozialistische Politik ist das Entscheidende.

Eine solche sozialistische Politik würde in erster Linie einen Bruch mit dem „System Roste“ verlangen. Und da Roste — wie immer man über seine „Schuld“ auch denken mag — heute den Massen gewissermaßen als die Verkörperung dieses Systems gilt, dieses System eines einseitigen, rücksichtslosen Kampfes gegen links unter Festhalten an den Methoden des alten Militärs, so müßte sein Verschwinden aus dem Vordergrund der politischen Bühne den Massen gewissermaßen eine Bürgschaft für den Bruch sein. Eine andere Notwendigkeit wäre eine Umgestaltung der Reichswehr. Unter Ausschaltung aller der kleinen und großen Offizier-Anhänger, die heute in ihr Unterschlupf gefunden haben, wäre die Demokratisierung anzubahnen, den Mannschaften ein Mitbestimmungsrecht bei der Wahl ihrer Führer zu geben usw., was zur Folge haben würde, daß in ganz anderem Maße als bisher auch sozialistische Arbeiter eintreten und der Truppe den Charakter einer zuverlässigen republikanischen Volkswehr geben würden. Andere Forderungen wären nicht weniger nötig: Einleitung einer ernsthaften Sozialisierung nach den Vorschlägen der Sozialisierungs-Kommission und anderes Wichtiges mehr.

Entschiedenem Eintreten für eine derartige sozialistische Politik würde auch den Weg zur Einigung der sozialistischen Parteien öffnen. Es würde das letzte Mittel sein, von der Linken das Zugeständnis zu erlangen, daß der Kampf um den Sozialismus auszusetzen sei mit den Mitteln und auf dem Boden der Demokratie.

Das Einigungsprogramm, das die Zentralfstelle für Einigung der Sozialdemokratie entworfen hat, zeigt die Mittelstraße, auf die beide sozialdemokratische Parteien treten können, ohne sich über ihren Grundsätzen etwas zu verbergen. Ablehnung einer Kompromißpolitik, die entscheidende sozialistische Forderungen opfert, Bekenntnis zum Klassenkampf; aber zu einem Klassenkampf auf demokratischer Grundlage.

Schon haben beachtenswerte Gruppen der Arbeiterschaft sich für diese Richtlinien erklärt. Aus den Massen heraus muß die Einigung kommen. Ihre Voraussetzung ist Klarheit über die Grundlagen einer Verständigung und der gute Wille zur Einigung. Es gilt, mit allen

Mitteln dafür zu wirken. Und ohne Verzug. Der Zeiger der Uhr steht auf fünf Minuten vor zwölf. Kommt es nicht bald zum mindesten zu einer Verständigung zwischen den proletarischen Parteien über ein gemeinsames Vorgehen bei den künftigen Auseinandersetzungen mit der Reaktion, den bevorstehenden Wahlen usw., so darf sich keiner wundern, wenn in Kürze die volle Reaktion wieder triumphiert und die sozialistische Bewegung um Jahrzehnte in ihrer Entwicklung zurückgeworfen wird.

## Bewerkschaftliches.

Wiederbelebung der Internationale.

Wie die „P. N.“ erfahren, haben sich die zwei Gewerkschaftsführer Paepflow, Vorsitzender des internationalen Bauarbeiterkongresses sowie I. Vorsitzender des Deutschen Bauarbeiterverbandes, und Eilberschmidt, 2. Vorsitzender des Deutschen Bauarbeiterverbandes, die der deutschen Wiederherstellungs-Delegation angehören, von Paris nach Tours begeben, wo sie auf Einladung des französischen Bauarbeiterkongresses den Deutschen Bauarbeiterverband vertreten. Sie werden dort mit den französischen Gewerkschaftsführern des Baugewerbes in Fühlung treten, um ein Zusammenwirken für die kommenden Wiederaufbauarbeiten zu erzielen. In ihrer Begleitung reist als Dolmetscher der frühere Pariser Vertreter deutscher sozialdemokratischer Blätter, Steiner, der erst vor wenigen Monaten aus der französischen Internierung nach Deutschland zurückgeführt ist.

## Soziales.

Kommunale Unehelichen-Fürsorge.

Trotz der Revolution gibt es noch Menschen erster und zweiter Klasse, nach einem Gegensatz zwischen ehelichen und unehelichen Kindern, damit die Heiligkeit der Ehe nicht verletzt wird. Und weil dieser Gegensatz noch offiziell besteht, so wird darum auch in der Anschauungswelt draußen die Klut nicht überbrückt, die da zwischen zwei Menschenorten vorhanden ist. Die kommunale Sozialpolitik kann hier ein gut Stück des Schadens wieder gut machen. Natürlich sind es, wie stets, die sozialen Verhältnisse, die die Wurzeln des Übels bilden. Die Mütter der Unehelichen sind die Kermis der Armen, und da nimmt es nicht wunder, wenn in Berlin zum Beispiel unter 1000 ehelichen und unehelichen Kindern starben: im ersten Lebensmonat von den ehelichen Kindern 23, dagegen von den unehelichen 35 im 2. Lebensmonat von den ehelichen 18, dagegen von den unehelichen 35 usw. Diese sozialen Verhältnisse aber würden nicht so ungünstig wirken, wenn ein offiziell gezielte Pharisäergeist nicht einen Strich söge zwischen sich und der Unehelichkeit, und der Vater im Sinne dieser unfürsorglichen Anschauungswelt sich nicht verhielte von seinem eigenen Fleisch und Blut. Daß diese Zusammenhänge zwischen Kindesarmutswelt und Säuglingssterblichkeit der Unehelichen bestehen, beweist uns die Statistik. Darin ist die Sterblichkeit der Unehelichen in den sinkeren Ländern und Provinzen am größten, in den Großstädten dagegen verhältnismäßig geringer. So starben z. B. in Westfalen unter 100 unehelichen Kindern 26, in Ostpreußen in Deutschland, Preußen fand diesem Maximum natürlich sehr nahe. Es hat nach der letzten Statistik vor dem Kriege 246 Tote unter 100. Das war der Durchschnittszahl in Preußen. Preußen hatte natürlich einen höheren Proz. Polen und Westpreußen z. B. 342 und 333. Dagegen weisen die Großstädte mit geringerer Differenz auf Berlin z. B. nur 192. So gehen — mit Rücksicht auf die „Heiligkeit der Ehe“ — unendlich viele der Menschen elend zugrunde. Es ist eine sehr kommunale Aufgabe, durch praktische Arbeit das wieder gut zu machen, was da durch offizielle Forderungen in heuchlerischen Pharisäerwelt verdorben wird.

## Das Fräulein von Scuderi.

Erzählung aus dem Zeitalter Ludwigs XIV.  
Von E. T. N. Hoffmann.

11) (Fortsetzung.)  
„Was sagt Ihr,“ rief die Scuderi, „es ist nicht möglich: der Vater! dieses Mädchen!“ — „O,“ fuhr la Regnie fort, „denkt doch nur an die Verhältnisse! Ihr müßt es mir verzeihen, wenn ich mich vielleicht bald genötigt sehe Euch Euerm Schützling zu entreißen und in die Conciergerie werfen zu lassen.“ — Der Scuderi ging ein Grausen an bei diesem entsetzlichen Verdacht. Es war ihr, als könne vor diesem schrecklichen Mann keine Treue, keine Lüge bestehen, als spähe er in den tiefsten, geheimsten Gedanken Mord und Mordanschlag. Sie stand auf, „Seid menschlich,“ das war alles, was sie bestimmen, müßte man atmen hervorbringen konnte. Schon im Begriff, die Treppe hinaufzusteigen, bis zu der der Präsident sie mit zeremoniöser Artigkeit begleitet hatte, kam ihr, selbst mußte sie nicht wie, ein seltsamer Gedanke. „Wäre es mir wohl erlaubt sein, den unglücklichen Olivier Brucen zu sehen?“ So fragte sie den Präsidenten, sich rasch umwendend. Dieser schaute sie mit hebenköstlicher Miene an, dann verzog sich sein Gesicht in jenes widrige Lächeln, das ihm eigen. „Gewiß,“ sprach er, „gewiß wollt Ihr nun, mein würdiges Fräulein, Euerm Gefühl, der innern Stimme mehr vertrauens als dem, was vor uren Augen geschähe, selbst Oliviers Schuld oder Unschuld prüfen. Scheut Ihr nicht den düstern Anblick des Verbrechens, ist es Euch nicht gefährlich, die Bilder der Terrorzeit in allen Abstrichungen zu sehen, so sollen für Euch in zwei Stunden die Tore der Conciergerie offen sein. Man wird Euch diesen Olivier, dessen Schicksal Eure Teilnahme erregt, vorstellen.“ In der Tat konnte sich die Scuderi von der Schuld des jungen Mannes nicht überzeugen. Alles sprach wider ihn, ja kein Richter in der Welt hätte anders gehandelt wie la Regnie bei so an entscheidenden Tatsachen. Aber das Bild häuslichen Glücks, wie es Madelon mit den lebendigsten Zügen der Scuderi vor Augen gestellt überbrachte jeden bösen Verdacht, und so machte sie lieber ein unerträgliches Geheimnis annehmen, als daran glauben, wogegen ihr ganzes Inneres sich empörte.

Sie gedachte, sich von Olivier noch einmal alles wie es sich in jener verhängnisvollen Nacht begeben, erzählen zu lassen und so viel wie möglich in ein Geheimnis zu drängen, das vielleicht der Richtern verschlossen geblieben, weil es wertlos schien, sich weiter darum zu kümmern.

In der Conciergerie angekommen, führte man die Scuderi in ein großes helles Gemach. Nicht lange darauf vernahm sie Aetzgeräusch Olivier Brucen wurde gebracht. Doch wie er in die Zelle trat, sank auch die Scuderi ohnmächtig nieder. Als sie sich erholt hatte, war Olivier verkleumdet. Sie verlangte mit Bestimmtheit daß man sie nach dem Wagen bringe, fort, augenblicklich fort wolle sie aus den Gemächern der frevelnden Verurteilten. Ach, auf den ersten Blick hatte sie in Olivier Brucen den jungen Menschen erkannt, der auf dem Ponton jenes Vort ihr in den Wagen geworfen, der ihr das Kästchen mit den Juwelen gebracht hatte. — Nun war ja jeder Zweifel gehoben, la Regnie's schreckliche Vermutung ganz bestätigt. Olivier Brucen gehört zu der fürchterlichsten Mordhand, gewiß ermordete er auch der Weiber! — Und Madelon? — So littet noch wie vom innern Gefühl gedrückt, auf den Tod angedacht von der höllischen Macht auf Erden, an deren Seiten sie nicht glaubt, oerzweifelte die Scuderi an aller Wahrheit. Sie gab Raum dem entsetzlichen Verdacht, daß Madelon mit verkleumdet sein und verhasst könne an der gräßlichen Mordthat. Wie es denn geschicht, daß der menschliche Geist, in ihm ein Bild aufgegangen ewige Narben trübt und findet, es greller und greller auszumalen. So fand auch die Scuderi, jeden Umstand der Tat, Madelon's Betragen in den kleinste Zügen ermüdend, gar vieles, jenen Verdacht zu nähren. So wurde manches, was ihr bisher als Beweis der Unschuld und Reinheit gegolten, fürwahr Bestrafung, freveliger Posten, äußerster Schandheit. Jener bestverhängende Jammer, die klügsten Töchter konnten wohl erbracht sein von der Todesangst, nicht den Gesichtern bluten zu sehen, nein — selbst zu fallen unter der Hand des Henkers. Gleich sich die Scuderi, die sie im Pufen hörte, vom Halle zu schreiten, mit Nichtanstand lieg die Scuderi aus dem Wagen. In ihr Gemach eintraten warf Madelon sich ihr zu Füßen. Die Himmelskugeln ein Gott Gottes hat sie nicht trenn, zu ihr emporgestiegen, die Luft vor der waltenden Welt zusammengehoben, jammernde und Leide sie laut um Hilfe und Trost. Die Scuderi, sich mühsam ermannend, sprach mit dem Ton ihrer Stimme so viel Groß und Ruhe zu geben trachte als ihr möglich: „Seh — geh — wohle dich nur über den Mörder, den die gerechte Strafe seiner Schandthaten erwartet. — Die heilige Jungfrau möge beschützen, daß nicht auf dir noch eine Beschuldung schwer laste.“ — Ach, nun ist alles verloren! — Mit diesem schmerzlichen Ausruft stürzte Madelon ohnmächtig zu Boden. Die Scuderi überließ die Sorge um des Mädchens der Wärterin und entfernte sich in ein anderes Gemach. —

Ganz getroffen im Innern, entzweit mit allem Frieden, wünschte die Scuderi nicht mehr in einer Welt voll Höllisch zu leben. Sie dachte das Verhängnis an, das in keine im Leben ihr so viele Jahre vergangen, ihren Gedanken an Jugend und Lerne zu stärken, und nun in ihrem Alter das schöne Bild vernichte, welches ihr im Leben geleuchtet.

Sie vernahm wie die Wärterin Madelon fortbrachte, die ihre lezte und lezte Worte: „Ach! — auch sie — auch sie haben die Grausamen betört. — Ach Glende — armer, unglücklicher Olivier!“ — Die Töne drangen der Scuderi ins Herz, und auf neue regte sich in dem tiefsten Innern heraus die Ahnung eines Geheimnisses, der Sprache an Oliviers Unschuld. Bedrängt von dem widerwärtigen Gefühl, ganz außer sich rief die Scuderi: „Welcher Geist der Hölle hat mich in die entsetzliche Geschichte verwickelt, die mir das Leben feher wird!“ — In dem Augenblick trat Baptiste hinein, klein und verkrüppelt, mit der Nachricht, daß Madelon draußen sei. Seit dem schicksalhaften Prozeß der la Voisin war Madelon's Erscheinung in einem Hause der gewisse Vorbeste irgendeiner reinlichen Person, daher kam Baptistes Schreck, deshalb fragte ihn das Fräulein mit mildem Lächeln: „Was ist dir, Baptiste? — Nicht wahr? — der Name Scuderi befand sich auf der Liste der la Voisin?“ — „Ach um Gottes willen,“ erwiderte Baptiste, am ganzen Leibe zitternd, „wie müßt Ihr es wissen, was ausbrechen, aber Madelon —“ — „Unmögliches! — Madelon mit so geliebtem Madelon, so drinend — so ist es gar nicht erwarten zu können, Euch zu sehen!“ — „Nun,“ sprach die Scuderi, „man, Baptiste, so führt ihn mir gleich herbei, den Menschen, der Euch so glücklich ist und der mir vielleicht seine Bekanntschaft erweisen kann.“ — Der Präsident sprach, er werde ihn ins Gemach bringen. Der Präsident in Regnie's Zelle und in Euch mein Bedauern mit einer Seele, auf deren Erfüllung es gar nicht hoffen würde, konnte er nicht Euer Ingebot Eueren Mut läge nicht das letzte Mittel, eine solche Beistand an den Tag zu bringen in Euer Händen, hätte Ihr nicht Euer Leben mit dem Proletariat in dem selben Verstand, die die Scherbe erdrückt und alle in dem die Scuderi Brucen hielten er Euch stehen hat, so hoch eifernd — Ihr — er ist nur Bekanntschaft sich zu machen schien, so schwort er doch sein auf neue bei Christus und offen bekennen daß er an dem Madelon's Schicksal eine unbeschreibliche Anteil hat, in der Tod sein Leben will, den er verdienen habe, denn, mein Fräulein, daß der Herr Jesus Christus hat auf andere Verbrechen der Art, die auf ihm lasten.“

(Fortsetzung folgt.)







# Lokales.

## Wahl! Bezirksleiter!

Heute abend 8 Uhr im Schwurgerichtssaal gemeinsame Sitzung der Bezirksleitungen. Vollständiges Erscheinen ist notwendig.

Die Kandidaten zur Stadtoberordnetenwahl müssen noch heute ihre Zustimmungserklärung im Parteibureau unterschreiben.

## Unsere Kandidatenliste.

1. Friedrich Nagowski, Buchdrucker.
2. Edward Schmidt, Schöber.
3. Friedr. Grünhagen, Geschäftsführer.
4. Hans Nau, Parteisekretär.
5. Max Behrend, Kriegsbeschäftigter, Schidliß.
6. Frau Käte Kew.
7. Otto Wolff, Kaufmann.
8. Bruno Gebauer, Redakteur.
9. Walter Reel, Arbeiterführer.
10. Wilhelm Kohn, Kaufmann.
11. Hans Karschewski, Maschinenbauer.
12. Joh. Szarnacki, Maler.
13. Max Borchert, Lagerhalter, Langfuhr.
14. Willi Runge, Angestellter d. Zentralverbandes der Angestellten.
15. Franz Krupinski, Angestellter des Deutschen Metallarb.-Verb.
16. Aug. Rapper, Kupferschmied.
17. Gustav Zusajewski, Seemann, Bröjen.
18. Max Wietner, Tapezierer.
19. Frau Berta Schmanski.
20. Artur Kaube, Kaufmann.
21. Wilhelm Willugki, Böttcher, Neufahrwasser.
22. Artur Fietkau.
23. Fritz Spill, Angestellter des Holzarbeiter-Verbandes.
24. Ernst Hoggendorf, Angestellter des Eisenbahner-Verbandes.
25. Paul Rossowski, Sekretär des Kartells der fr. Gewerkschaften.
26. Albert Röhbeling, Metallarbeiter.
27. Theodor Lehmann, Schiffszimmermann, Seubude.
28. Willi Konopacki, Metallarbeiter.
29. Sachbarth, Feuerwehmann.
30. Paul Meyer, Schidliß.
31. Alfred Bergmann, Wertmeister.
32. Ksmus, Seubude.
33. Paul Siedler, Schiffszimmermann, Weichselmünde.
34. Paul Döll.
35. Gustav Danielowski, städtischer Angestellter.
36. Karl Lieb, Angestellter des Maschinisten-Verbandes.
37. Hermann Heidise, Kriminal-Wachmeister, Seubude.
38. Karl Gennary.
39. Frau Fall, Schidliß.
40. Paul v. Malachinski.
41. Gähle, Kratau.
42. Hermann Schulz, Geschäftsführer.
43. Paul Stegmann, Angestellter des ... ..
44. Otto Grunwald.
45. Petrowski, Schidliß.
46. Emil Wendi.
47. Paul Baum, Langfuhr.
48. Wilhelm Lettau.
49. Felix Roschubowski, Bauental.
50. Heinrich Ranganke.
51. Waldemar Marquardt, Schuldiener.
52. Oskar Malesch.
53. Gottlieb ... ..
54. August Kiteß, Kesselschmied.
55. Frau Schröder.
56. Emil Kefow.
57. Max Kaufeisen.
58. Klein, Seubude.
59. Julius Wastwick, Angestellter des ... ..
60. Wilhelmine Reimer.
61. Ferdinand Dorlowski.
62. Kraut, Paul.
63. Karl Knauer.
64. Gottfried Babrowski.
65. Schatz, St. Albrecht.
66. Emil Sudrau.

Auch Demokraten und Deutschnationale haben ihre Kandidatenlisten der Öffentlichkeit übergeben. Auf der demokratischen Liste — die Partei rechnet auf 18—20 Siege — stehen an erster Stelle: 1. Kaufmann Dr. Paul Damm, 2. Oberstadtschreiber Schmilian, 3. Oberlehrerin Frä. v. Morstein, 4. Stadtoberordneter Dr. Hermann, 5. Schlosser Reinhold Nisch, 6. Kaufmann Kurt Siebenfreund, 7. Postbeamter Erich Winter, 8. Kaufmann Max Gabel, 9. Hochschulpfarrer Dr. Hans Lorenz, 10. Vorstandsleiter August Arndt, 11. Kaufmann Julius Jemelowski, 12. Schlossermeister Wilhelm Groß, 13. Frau Franziska Hinz, Vorstehende des Gewerkschafts der Heimarbeiterrinnen, 14. Schuldirektor Ernst Jaffe, 15. Baugewerksmeister Oskar Ehrig, 16. Prokuristin Fräulein Meta Gucke, 17. Kaufmann Julius Schmidt, 18. Oberpostlelle Wilhelm Barthel-Neufahrwasser, 19. Lehrer Max Wittke-Seubude, 20. Oberleitungsaufseher Johannes Kup.

Die Deutschnationalen nennen zuerst: 1. Rektor Gustav Falkenberg, 2. Fräulein Marie Meyer, 3. Stadtoberordneter Kaufmann Ernst Brungen, 4. Innungsoberrichter Max Bronnigki, 5. Fabrikdirektor Artur Senz, 6. Landgerichtsrat Dr. Siegfried Bunte, 7. Handlungsgeselle Julius Brungen, 8. Stadtoberordneter Ferdinand Lange, 9. Postlelle Erhard Wilsch, 10. Studienrat Dr. Treichel, 11. Stadtoberordneter Theodor Habel, 12. Dr. Martin Dütsche, prakt. Arzt, Neufahrwasser, 13. Tiefbauingenieur Bruno Janßen, 14. Schulleiterin Frau v. Korzhewski, 15. Stadtoberordneter Kaufmann Gustav Scheller, 16. Werkbuchführer Hermann Bruch, 17. Fräulein Ella Fuhrmann, 18. Landeshauptkassenbuchhalter Gottfried Meine, 19. Baugewerksmeister Georg König, 20. Stadtoberordneter Max Witt, Seibe.

In 34. Stelle (wo er nicht mehr gewählt werden kann) ist dann sogar ein nichtgewählter Arbeiter gestellt. Er heißt Oskar Reumann. In 41. Stelle wird noch einmal eine solche Seltenheit herangezogen, der Metallarbeiter Adolf Stodowski. Wahrscheinlich sind das die beiden einzigen Arbeiter, die in der Reihen der Deutschnationalen aufzufinden waren.

## Raid.

In Groß-Neuhardenburg wurde folgendes denkwürdige Dokument in Form eines Flugblattes verbreitet:

### Mitbürger.

Nachdem seitens der sozialdemokratischen Partei entgegen früheren Vereinbarungen ein sozialistischer Wahlvorschlag für die demnächst stattfindende Gemeindevwahl aufgestellt worden ist, beschließt der Teil der Gemeindeglieder, welchen das Gemeindevwahlrecht

steht als das Interesse einer Partei, die Aufstellung eines eigenen parteilosen Wahlvorschlags.

Es kommt doch vor allen Dingen darauf an, Männer und Frauen aller Berufsstände in die Gemeindevvertretung zu wählen, damit jedermanns Interessen dort gewahrt werden. Von keiner Bedeutung ist es dabei, welcher politischen Partei die Gemeindevwähler angehören.

Zur näheren Besprechung werden alle Gemeindeglieder, Männer und Frauen, denen daran gelegen ist, daß das Leben in der Gemeinde nicht auch noch durch Parteigeiz vergiftet wird, denen das Wohl von Schule und Kirche am Herzen liegt, und welche Auffklärung haben wollen über die politischen und wirtschaftlichen Folgen, die die Wahl eines nach dem Interesse einer Partei gewählten Gemeindevorstandes zur Folge hat, aufgefordert, vollzählig am

Sonnabend, den 22. November 1919 nachmittags 6 Uhr im Saale des Herrn Riemer in Groß-Neuhardenburg zu erscheinen.

### Der vorbereitende Wahlausschuß.

Die Arbeiterschaft wird bei den Wahlen die Antwort auf dieses kurze Mandat geben, durch das man Stimmen zu fangen hofft. Um den alten Schiedrian in den Ortsparlamenten unverändert weiterführen zu können. Wir danken aber. Wir haben nicht nur ein Haar in dieser Art von Parlamenten gefunden, sondern gleich eine ganze Perücke. Es gibt nur eine Parole für denjenigen proletarischen Wähler, der seine Interessen vertreten haben will: „Wählt am 14. Dezember Sozialdemokraten!“

## Die Zündwarenfabrik niedergebrannt.

Gestern abend um 9 Uhr brach auf bisher noch nicht aufgeklärte Weise in der Danziger Zündwarenfabrik S. Bunkowski, Schellmüller Weg Nr. 7, die zwischen dem Hebammenlehrerseminar und Schellmühl gelegen ist, Feuer aus, das mit großer Schnelligkeit um sich griff. In kurzer Zeit stand der Dachstuhl des Hauptfabrikgebäudes, in dem die Fabrikation vor sich ging und fast alle Maschinen sich befanden, in hellen Flammen. Die Gangfuhrer Wehr und die Hauptfeuerwache in Danzig gingen dem Brande von verschiedenen Seiten energisch zu Leibe. Der Anblick der in hohen Flammen stehenden Fabrik hatte eine tausendköpfige Zuschauermenge angelockt, zumal der Himmel einen weithin sichtbaren riesigen Feuerchein aufwies. Leider gelang es nicht mehr, die Fabrik zu retten. Das Hauptfabrikgebäude ist völlig niedergebrannt. Der Schaden dürfte sich auf Millionen belaufen, da auch sämtliche Maschinen zerstört sind. In eine Wiederaufnahme des Betriebes kann vorläufig nicht gedacht werden, so daß über 100 Personen dadurch arbeitslos geworden sind.

**Abschied des Eisenbahndirektionspräsidenten.** Eisenbahndirektionspräsident Dr.-Ing. Kimrotz legt am 30. d. Mts. mit Genehmigung des Ministers der öffentlichen Arbeiten sein Amt als Präsident der Eisenbahndirektion Danzig, an deren Spitze er fast 12 Jahre gestanden hat, aus Gesundheitsrücksichten nieder. Mit der Vertretung des Eisenbahndirektionspräsidenten ist bis auf weiteres Oberregierungsrat Schmauch betraut.

**Heimkehr der Danziger Kriegsgefangenen?** In unserem heutigen Anzeigenteil erklärt der Volksbund zum Schutze der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen einen Aufruf an die Angehörigen aller noch in französischer Hand befindlichen Kriegsgefangenen sich in der Zeit vom 1.—4. Dezember 1919 von 9—11 Uhr vormittags in dem Bureau im Gerichtsgebäude, Zimmer 122, zu melden. Die Veranlassung zu diesem Aufruf hat der hiesige Magistrat gegeben. Er beabsichtigt nämlich erneut an die Alliierten mit der Bitte heranzutreten, diejenigen Kriegsgefangenen, die in Danzig und in dem später zum Freistaatgebiet Danzig gehörigen Ortsteilen beheimatet sind, vorzugsweise in die Heimat zu entlassen.

**Polizeibericht vom 28. November.** Verhaftet: 10 Personen, darunter: 2 wegen Diebstahls und 8 in Polizeihaft. — Gefunden: 1 Notizbuch mit Militärpaß für Walter Finte, 1 Spazierstock mit rundem Hornknopf, 1 br. Aktentasche, 4 Lebensmittelkarten gestempelt Kupf., 1 weißes Taschentuch, 4 einzelne Handschuhe, 1 niedriger linker Damenschuh, 1 Etui zum Vincennes, eine Anzahl Uhrringe und Uhrgläser, abzuholen aus dem Fundbureau des Pol.-Präsidenten. 1 schwarze Geldtasche mit einem größeren Geldbetrag, abzuholen von Frau Emma Vog, Hatzelweg 7 III. 1 Perlenpompadour, enthaltend 1 Portemonnaie mit Geld, Handtasche, Seide und Kachelhülle, abzuholen von Frau Blumenau, Reitergasse 8. 1 Minde, abzuholen von Herrn Otto Lubik, Prospektierweg 15. 1 bunte Henne, abzuholen von Frä. Ella Simte, Ballgasse Nr. 4 b L.

## Wasserstandsnotizen am 28. November 1919.

	gestern	heute	gestern	heute	
Thorn	+1,54	+1,24	Dieckel	+0,79	+0,69
Furdon	+1,80	+0,00	Dirschau	+0,75	+0,96
Culm	+1,84	+1,04	Einlage	+2,18	+2,08
Grumburg	+1,21	+1,39	Schwienhorst	+2,40	+2,82
Kurzbrack	+1,07	+1,20	Wolfsdorf	+0,22	+0,18
Montauespige	+0,63	+0,80	Anwachs	+0,90	+2,32

## Wilhelm-Theater.

### Lustiger Abend.

Draußen in der Politik hält man Redefächeln über die Umstellung der Betriebe. Im stillen hat sich im Danziger Kunstleben ein Unternehmen umgestellt. Benigstens für Stunden. — Oder war es gar ein Fühler?

Jedenfalls ist der Kabarettabend im Wilhelmtheater ein voller Erfolg gewesen. Was wunder, wenn man einen solchen Konferenzier hat wie es Adolf Wagner ist. Der muß diesmal den Löwenanteil alles Lobes einstecken (was er wohl gern tun wird). Er hat es verstanden, tölpische Kompositionen zu vermeiden.

Zum Gelingen des Abends haben alle Mitwirkenden beigetragen. Besonders hervorgehoben seien nur Hanna Wagner, Elfriede Pohl, Adolf Wagner und Hans Hansen, von denen man ja weiß, daß sie etwas können, die aber zeigten, daß sie sich auch mit der Breitwandier unfehlbar abfinden. Ein Kapitel für sich ist Willy Wilhelm, mag er nun als Heiterke das Haus unter Bachern schützen machen oder mag er als Serenissimus mit bloßem Lächeln und noch höherem Denken einen gut abgefaßten Typ der davongegangenen Gottesgnadenjünger zeichnen. Besonders schöne Figuren tanzte Betty Krüger in ihrem ägyptischen Tanz. Daß Fritz Robert auch die Geige meistert, ist neu. Zu einem Urteil über sein Können auf diesem Gebiet reichen die kleinen Proben nicht aus. Die Begleitung der Vorträge am Klavier hatte Kurt Ritter übernommen. Man wird die Mühe, die er sich gab, erst recht zu würdigen wissen, wenn man in Betracht zieht, daß ihm nur ein ganz unübliches Instrument zur Verfügung stand. —

# Aus den Ostprovinzen.

## Sozialdemokratische Einheitspartei in Zoppot.

Die beiden sozialistischen Parteien (Unabhängige und Mehrheitssozialisten) hielten am Dienstag, den 26. d. Mts., eine allgemeine Mitgliederversammlung ab, die in Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung sehr stark besucht war. Unter Vorsitz von Karl Gohs referierte Genosse Bäder über den schon am Sonntag, den 23., zwischen den Vorstandsmitgliedern resp. den Vertrauensmännern beider Parteien vereinbarten Beschluß der Vereinigung beider sozialistischen Parteien, wie auch über die Aufstellung einer gemeinsamen Kandidatenliste zu den Stadtoberordnetenwahlen. Unter dem Beifall sämtlicher Teilnehmer berichteten die Genossen Ehlerz und Korth über die Sitzung beider Parteien im Schwurgerichtssaal zu Danzig, in der die Vereinigung für den Freistaat Danzig beschlossen wurde. Die Versammlung begrüßte auch die Vereinigung der Parteien in Zoppot unter den gleichen Voraussetzungen, die in Danzig von beiden Parteien anerkannt wurden. In der hierauf stattgefundenen neuen Vorstandswahl wurden Karl Gohs zum 1. Vorsitzenden, Fritz Bäder zum 2. Vorsitzenden, Walter Kanter zum Schriftführer und Walter Cronkowsky zum Hauptkassierer gewählt. Ferner wählte die Versammlung zu passiven Vollzugsausschussmitgliedern die Genossen Cronkowsky und Pawlowski. Die von den vereinigten Vorstandsmitgliedern ausgearbeitete Kandidatenliste fand die Zustimmung der Versammlung, und Genosse Otto Dieckhoff gab zum Schluß im Namen der Versammlung der Freude Ausdruck, daß einer weiteren Zerstückelung der werktätigen Bevölkerung durch den Zusammenschluß vorgebeugt sei und man nun bereit marschieren und schlagen könne.

**Königsberg.** Der Streik der Buchdrucker in Königsberg ist nach vierwöchiger Dauer gestern nach Verhandlungen vor dem Tarifamt in Berlin beendet worden. Die Streikenden nahmen heute die Arbeit wieder auf, so daß die Zeitungen, die die ganzen Wochen über nicht erschienen sind, von morgen wieder herausgegeben werden können.

## Letzte Nachrichten.

### Kriegszustand zwischen Deutschland und Lettland.

Berlin, 28. Nov. Die deutsche Gesandtschaft in Mitau ist angesichts der politischen und militärischen Lage zurückberufen worden. Die lettische Regierung hat daraufhin ihre hiesige Vertretung ebenfalls zurückberufen und sich im Hinweis auf die ehemals reichsdeutschen Truppen des Obersten Berndorf als mit Deutschland im Kriegszustand befindlich erklärt.

Verantwortlich für Redaktion: Ernst Gopp; für Inkubator: Bruno Gwert; Verlag und Druck: J. Gohl & Co., Danzig.

# Ämtliche Bekanntmachungen.

## Abgabe von Lebensmitteln.

Am Sonnabend, den 29. November und im Laufe der nächsten Woche kommen folgende Lebensmittel zur Ausgabe: 1. Am Sonnabend, den 29. November: Auf die Reichsfleischkarte A unter gleichzeitiger Abgabe der Marke A der 6. Einfuhrzulasskarte:

- a) 125 Gramm Rindfleisch und Wurst (Kinderkarten die Hälfte)
- b) ferner 125 Gramm amerikanisches Schweinefleisch (Kinderkarten die volle Menge) zum Preise von 4.15 Mk. für das Pfund.

Die bei den Fleischern der Markthalle angemeldeten Kunden erhalten an Stelle des amerikanischen Schweinefleisches 125 Gramm frisches Schweinefleisch (Kinderkarten die Hälfte) zu folgenden Preisen:

- Rückenfett . . . . . 7.50 Mk. für 1 Pfd.
- Karbonade, Kamm, Schulter, Schinken, Bauch . . . . . 6.60 " " 1 "
- Beine (Dick- und Spitzbeine zus.) . . . . . 4. " " 1 "

2. Von Montaa, den 1. Dezember:

- a) auf die Kartoffelkarte: Marke 11 — 2 Pfd., auf Marke 12 — 2 Pfd., zusammen also 5 Pfd. Kartoffeln.
- b) auf die Erbsenkartoffelkarte: Marke W-3 Pfd. und Marke X — 2 Pfd., zusammen also 5 Pfd. Kartoffeln. Nachbelieferung verfallener Marken kann nicht mehr stattfinden.

3. Von Dienstag, den 2. Dezember auf die Lebensmittelkarte:

- a) 250 Gramm Haferflocken zum Preise von 1.60 Mk. das Pfund: Marken 38 und 30 K in Danzig und Marken 18 und 35 K in den Nachbargemeinden.
- b) 250 Gramm Suppenmehl (Hülserfruchtsuppe, Rheinische, Westfälische u. a. Fabrikate): Marken 39 und 31 K in Danzig und Marken 19 und 36 K in den Nachbargemeinden.

4. Von Mittwoch, den 3. Dezembers auf die Einfuhrzulasskarte:

- 125 Gramm Sunitspeisefett zum Preise von 5.40 Mk. für das Pfund: Marke B in den Nachbargemeinden. Die Butterhändler erhalten die Bezugsquittungen hierfür am Dienstag, den 2. Dezemb., in der Zeit von 8<sup>1/2</sup>—12<sup>1/2</sup> Uhr in der Volkereiabteilung, Töpfergasse 33.

Die Händler wollen sich die Suppen rechtzeitig von der Verteilungsstelle, Wischamngasse 11, besorgen.

Die bei den Händlern noch vorhandenen Restbestände an Heereszwieback können marktfrei verkauft werden.

Die eingenommenen Marken sind den zuständigen Verteilungsstellen unverzüglich einzureichen.

Danzig, den 27. November 1919.

Der Magistrat.

Die Beauftragten des Vollzugsausschusses.

## Aufhebung der Höchstpreise für Salz.

1. Unsere Verordnungen vom 3. März 1919 und 31. Oktober 1919 betr. Festsetzung von Höchstpreisen für Speisesalz werden hiermit nach Anhörung des zuständigen Ausschusses der Preisprüfungsstelle verfahrensweise aufgehoben.

2. Die Bestimmung zu 1 tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft.

Danzig, den 28. November 1919.

Der Magistrat.

Die Beauftragten des Vollzugsausschusses.



**Bekanntmachung.**

Die Abdruckarbeiten des Bauwerks der im Bau befindlichen Kaserne auf dem Bismarckberge sollen in öffentlicher Verdingung vergeben werden.  
Angebote sind verschlossen und mit entsprechender Aufschrift versehen bis  
Sonnabend, den 6. Dezember 1919, vorm. 10 Uhr,  
dem städtischen Hochbauamt im Rathaus in der  
Lange Gasse, Zimmer 32, einzureichen.  
Die Bedingungen liegen daselbst zur Einsicht  
aus und können auch gegen Erstattung der Schreib-  
gebühren von dort bezogen werden.  
Danzig, im November 1919. (6925)  
Der Magistrat.  
Die Beauftragten des Bauausschusses.

**Stadttheater Danzig.**

Direktion: Rudolf Schaper.  
Freitag, den 28. November 1919, abends 8 1/2 Uhr  
Dankkarten E. I.  
Erhöhte Preise. Gastspiel Theodor Löfflermann.  
**Lohengrin**  
Romantische Oper in 3 Akten von Richard Wagner.  
Sonnabend, d. 29. November 1919, abends 8 1/2 Uhr  
Dankkarten A. II.  
Erhöhte Preise.  
**Romeo und Julia**  
Trauerspiel in 5 Aufzügen von William Shakespeare.  
Sonntag, den 30. November 1919, abends 6 Uhr  
Dankkarten haben keine Gültigkeit.  
**Der Postillon von Lonjumeau**  
Komische Oper in 3 Akten von Adolphe Bouffé.  
Montag, den 1. Dezember 1919, abends 6 Uhr  
Dankkarten B. II.  
**Norma**  
Grosse Oper in 3 Akten von S. Bellini.

**Wilhelm-Theater**  
Berliner Kommissionsrat Hugo Meyer  
Bühnenleitung Willy Kosmann.  
Freitag, den 28. u. Sonnabend, den 29. Nov.  
abends 8 1/2 Uhr.  
**Ein armer Musikante.**  
Operette in 3 Akten von Emil Becken.  
Vorverkauf täglich von 10-3 Uhr bei  
Bruno Kadlitz, Langemark 23  
Vorverkauf benutzen!

**Gedania-Theater**  
Schüsseldamm 53/55.  
Der Film des Tagesgesprächs I  
**Der Skandal im Victoriaklub!**  
Entwickeltes Geheimnis aus dem Spielhölzen  
Berlin W. in 6 Akten  
Der Film höchster Spannung!  
**Erblich belastet**  
oder die Geschichte einer Ehe  
in 4 Akten  
Hauptdarstellerin: Ada von Ehlens.  
Am Freitag, den 5. Dezember:  
**Moral und Sinnlichkeit.**  
Es empfiehlt die Nachmittagsvorstellung zu besuchen.  
Beginn der letzten Vorstellung 7 1/2 Uhr.  
Preise der Plätze: Sperrplatz 1.00, Platz 1.50, 2.00, 3.00, 4.00, 5.00, 6.00, 7.00, 8.00, 9.00, 10.00, 11.00, 12.00, 13.00, 14.00, 15.00, 16.00, 17.00, 18.00, 19.00, 20.00, 21.00, 22.00, 23.00, 24.00, 25.00, 26.00, 27.00, 28.00, 29.00, 30.00, 31.00, 32.00, 33.00, 34.00, 35.00, 36.00, 37.00, 38.00, 39.00, 40.00, 41.00, 42.00, 43.00, 44.00, 45.00, 46.00, 47.00, 48.00, 49.00, 50.00, 51.00, 52.00, 53.00, 54.00, 55.00, 56.00, 57.00, 58.00, 59.00, 60.00, 61.00, 62.00, 63.00, 64.00, 65.00, 66.00, 67.00, 68.00, 69.00, 70.00, 71.00, 72.00, 73.00, 74.00, 75.00, 76.00, 77.00, 78.00, 79.00, 80.00, 81.00, 82.00, 83.00, 84.00, 85.00, 86.00, 87.00, 88.00, 89.00, 90.00, 91.00, 92.00, 93.00, 94.00, 95.00, 96.00, 97.00, 98.00, 99.00, 100.00

**UT**  
Lichtspiele  
Bis auf weiteres  
spielen wir auf  
wessungen durch  
**Madame**  
**Dubarry**  
Beginn 5 Uhr.  
Bruno Jafel,  
Danzig  
Langemark 13  
Danzig

**Lichtbild-Theater**  
Langenmarkt Nr. 2.  
Intime Lichtspiele  
Das große neue Programm!  
**Carola Toelle**  
in  
**„Die Ehe der Frau Mary“**  
Romantisches Schauspiel in 4 Akten.  
Hierzu:  
**„Haus Nr. 37“**  
5 Akte.  
Nach dem preisgekrönten Roman von  
Karl Adolt mit  
**Erra Bogner**  
und  
**Ernst Hoffmann**  
und als Einlage:  
**Das neueste Karlchen-Lustspiel**  
**„Ein gesunder Junge“**  
2 Akte. (6925)  
Sie werden sicher lachen.

Odeon-  
u. Eden-Theater.  
**Zwei**  
**Kolossalwerke**  
ab  
**Freitag 3 Uhr:**  
**Das Gelübde der**  
**Keuschheit!**  
6 Akte.  
**Der böse Blick!**  
6 Akte.  
(6926)

**Gesellschaftshaus Heubude.**  
Am Sonnabend, den 29. November 1919  
**Abschiedsball**  
von als Freunde und Bekannte freundlichst  
abgegeben.  
W. Lucht.  
**Heubude.**  
Sonnabend, den 29. November, abends  
6 Uhr im „Hotel Krantz“  
**Gemeinsame**  
**Mitgliederversammlung**  
Zusammenkunft:  
Die Einigung der sozialdemokratischen  
Parteien im Freistaat Danzig.  
Gedächtnisfeier an Tag der  
100 Jahre.

Sieben erweisen Sie die  
**Kosmos-Abreiß-Kalender**  
**1-9-2-0**  
Preis 1.40 Mark  
Buchhandlung „Volkswacht“  
Am Sonnabend d. 6. Dezember Paradiesgasse 32

**Zietemann & Krieg**  
Photographisches Atelier  
**56** Vorstädtischer Graben **56**  
Porträts :: Vergrößerungen :: Familien-Gruppen  
(5058)

**Zum Weihnachtsfest!**  
Besichtigung  
meiner  
Ausstellung  
ohne  
Kaufzwang  
erbeten!  
Bilder  
gerahmt und ungerahmt  
:: in größter Auswahl ::  
von den einfachsten bis zu den  
feinsten Kunstblättern  
Moderne Rahmen  
achteckige und ovale Formen  
Fernsprecher  
Nr. 2505  
**W. Zamory**  
Glasermeister  
Bestellungen  
auf Ein-  
rahmungen  
bitte  
rechtzeitig  
aufzugeben!  
Tischergasse  
Nr. 22  
(6927)

**Aufruf!**  
Der Magistrat der Stadt Danzig beabsichtigt, erneut bei den  
alliierten Mächten den Antrag zu stellen, die in französischer Hand be-  
findlichen deutschen Kriegsgefangenen, soweit sie in dem neuzugründenden  
Freistaat Danzig beheimatet sind, vorzugsweise herauszugeben. Er hält  
es für zweckdienlich, den alliierten Mächten mit seinem Antrage eine  
namentliche Liste der für die Freilassung in Frage kommenden Kriegs-  
gefangenen einzureichen und hat den unterzeichneten Volksbund ersucht,  
das weitere wegen der Aufstellung der Liste zu veranlassen.  
Wir richten daher an alle Angehörige der noch in französischer  
Hand befindlichen Kriegsgefangenen aus dem zukünftigen Freistaat-  
gebiet Danzig die Aufforderung, sich in der Zeit von Montag, den 1.  
bis einschließlich Donnerstag, den 4. Dezember d. Js. von 9-1 Uhr  
vor mittags in unserem Büro, Neugarten 30/34, Gerichtsgebäude,  
Zimmer 122 einzufinden und dort die erforderlichen Angaben bezüglich  
der Kriegsgefangenen zu machen.  
Es liegt im Interesse der Sache, daß die Angaben restlos für  
alle noch in französischer Hand befindlichen Kriegsgefangenen und genau  
gemacht werden; insbesondere wird auch die genaue gegenwärtige  
Adresse des Gefangenen anzugeben sein. Hierzu wird es sich empfehlen,  
die letzte Postkarte oder den letzten Brief des Kriegsgefangenen mit-  
zubringen.  
Nach Angabe der Reichszentrale für Kriegs- und Zivilgefangene  
sollen die Zivilgefangenen aus Frankreich bereits restlos in die Heimat  
entlassen worden sein. Sollten trotzdem solche noch nicht zurückgekehrt sein,  
so gilt der Aufruf selbstverständlich auch für die in Feindesland be-  
findlichen Zivilpersonen.  
**Volksbund zum Schutze der Deutschen Kriegs- und**  
**Zivilgefangenen Danzig.** (6927)

Hühneraugen, Ballen,  
Hornhaut, Warzen  
werden schmerzlos, sicher u.  
schnell beseitigt durch  
**Billy Hühneraugensalbe.**  
Doje Wk. 2,00.  
Fabrikant und Vertrieb  
Apotheker Draesfel, Erfurt.  
Zu haben in Danzig in  
der Engel-Apothek u. der  
Bahnhofs-Apothek. (6022)

**Rettung**  
bei Rheuma, Gicht, Nerven-  
schuß, Ischias, Gliederstief-  
heit, Nervenschmerzen und  
ähnlichen Leiden bringt so-  
fort das ärztlich verordnete  
**Mesal**  
Fl. M. 2,75 allein echt durch:  
Adler-Apothek, Ohr., (4665)  
Engel, Fischberg, 68.  
Drog. O. Bolmar, Kass. Markt 2a  
A. Jahnke, Waldengasse,  
B. Faast, Junkerstr. 12  
Minerva-Drog., S. U. im 6.  
Drog. W. Gassner, Altst. Gr. 19-20  
Hansa-Drogerie, Poggenpuhl 1,  
Drog. A. Lindenberg, Kohlenstr. 2  
K. Koch, 1. 3. mm 14.  
M. Schuler, Langestr. 111.  
B. Schulz, Schleichg. 1.  
Stylo Fischmarkt 1-3.  
Löwen-Drogerie, Paradiesstr. 3.  
Drog. A. Neumann, Lang Markt.

**Zylinderhüte**  
werden verliehen  
2. Damm 10. (4830)  
**Spiralbohrer!**  
Wir kaufen ständig  
Spiralbohrer und  
andere Werkzeuge in  
großen und kleinen  
Posten. Angebote an  
**Volks Verlag** G. m. b. H.  
Berlin S.W. 61 (6916)

**Spiral-  
bohrer**  
kauft (6918)  
**M. Gescheidt,**  
Jakobswall 21, part.  
**Steindruckerlehrling**  
findet gute Lehrstelle bei  
Carl Bäcker, Röpergasse 7.  
(4987)

**Achtung!**  
Ein  
Schlager  
Riesen-  
Umsatz!  
Durch den Betrieb eines hochlohnenden  
**Massen-Artikels,**  
der von jedem Arbeitmann, Gewerbetreibenden,  
Angehörigen, Arbeiter, Geschäft, Land-  
wirt, auch von Jedem unbedingt benötigt  
wird und von dem nachweislich bereits  
enorme Mengen verkauft sind, ergreifen Sie  
unbedingt  
**Riesen-Verdienste!!**  
Spezialer, Großher, Agenten, Fernreiser,  
Kaufleute, Bedienstete, Ladeninhaber,  
Händler, Hausfrauen, Strohkäufer, Gast-  
wirter, Jeder, gleich welcher Branche, der  
große Umsätze bei außerordentlichen Ver-  
diensten erzielen will, verlange sofort ge-  
naue Offerte mit Muster gegen Einzahlung  
von Mk. 5.—. Grummel wird Muster zu-  
rückgenommen!!! Generalvertretungen,  
Hilfsvertrieb und an erschlaffte Firmen  
nach für einige größere und kleinere Bezirke  
zu vergeben. Reflektanten hierauf wollen  
bis bei der Musterbestellung besonders be-  
merken und Referenzen angeben!  
Durch direkten Verkauf an Einzelne können  
Stellungslose und heimgekehrte Kriegs-  
gefangene aller Berufe, ferner Damen und  
im Lebensberuf jeder Beamte, Angestellte,  
so wie jeder intelligente Arbeiter bei ent-  
sprechendem Fleiß  
**Hundert Mark täglich verdienen,**  
da nämlich jederwenn in Stadt und Land  
Kauf in und Branchenkenntnis oder Ka-  
pazität nicht erforderlich sind. Genaue Ver-  
kaufsanleitung zum bei Ueberendung des  
Musters kostenfrei.  
**P. C. S. Gammelin**  
Berlin-Charlottenburg 2,  
Anfischstraße 29.  
Wer in den oben genannten Bezirken  
den Verkauf von Musterbestellung be-  
wundern will, um dies demnach zu er-  
reichen, ist er verpflichtet, sich  
unmittelbar zu wenden.

**Der Neue**  
**Welt-Kalender**  
für 1920  
ist soeben erschienen. — Der Preis beträgt  
**80 Pfennig.**  
**Buchhandlung „Volkswacht“**  
Spendhaus 6 und Filiale Paradiesgasse 32.  
Bei unseren Zeitungsträgerinnen sind die  
Kalender ebenfalls zu haben.

Nur beste, echte Celluloid-  
**Dauerwä sche**  
Stehfragen, 3-, 4, 5, 6 cm hoch, 7-9 50 Mark.  
Stehumlegekragen, 4, 5, 6 " 10.50-12.-  
Vorhemden und Manschetten je 9.50-12.-  
in allen Größen und Witen vorräthig. (4657)  
Seid. Bügelkrawatten 2.50-3.- per Stück.  
Dauerwä sche-Ind. E. Galfar, Dreiergasse Nr. 4.  
Verland nach auswärts. Reparatur, wie b. ausgef.

**Der Feind steht rechts!**  
**Arbeiter, seid einig!**  
Zwei Reden von Philipp Scheidemann  
Preis 40 Dtg.  
**Buchhandlung Volkswacht,**  
Spendhaus 6 u. Filiale Paradiesgasse 32.